

Impulsvortrag

Politische Ränder, neue Extreme und die politische Mitte.

Podiumsdiskussion mit BM a.D. Peter Altmaier.

Hannover, den 24. August 2024.

Prof. Dr. Rainer Lisowski, Hochschule Bremen

Das Thema, das Sie mir gestellt haben, ist eines, über das wir gesellschaftlich seit mehreren Jahren streiten. Leider kann ich Ihnen heute Abend keine abschließende, vollumfängliche, wissenschaftlich fundierte und moralisch fein abgewogene, sowie praktisch relevante Antwort anbieten, schon gar nicht in 20 Minuten. Ich hoffe daher, Sie sehen mir die Unzulänglichkeiten meines Vortrags nach. Wie beispielsweise die, dass ich gleich eigentlich genauer zwischen den drei Begriffen Populismus, Extremismus und identitärer Politik differenzieren müsste, was ich nicht tun werde, weil ich nicht zu akademisch werden will.

Vielleicht darf ich Sie zu ein paar Gedanken einladen, die *ich mir* zu diesem Thema gemacht habe. Als jemand, der seit dreißig Jahren mit Leidenschaft Politikwissenschaftler ist. Als jemand, der sowohl selbst

politisch aktiv, als auch im öffentlichen Dienst tätig gewesen ist – und damit Bürgern Antworten schuldet.

Vielleicht darf ich beginnen mit einer Begegnung, die ich 2019 hatte und die mein Denken über Populismus verändert hat. Anfang 2019 war ich eingeladen an die renommierte Rhodes University in Grahamstown, Südafrika. Der Rechtspopulismus in Europa war damals ein wieder neu erstarkendes Phänomen. Artig habe ich die typische Sichtweise eines (konservativ-) liberal akademisch geprägten Menschen wiedergegeben. In der Diskussion zu meinem Vortrag meldete sich am Ende eine junge schwarze Aktivistin. Sie sei durch meinen Vortrag sehr verwirrt, gestand sie. Ob sie mich denn richtig verstanden hätte, dass ich tatsächlich der Meinung wäre, dass Populismus etwas Schlechtes sei.

Diese Frage hatte ich mir bis zu dem Zeitpunkt zugegebenermaßen nicht ernsthaft gestellt. Greifen wir sie also auf: Glauben wir, dass Populismus etwas Schlechtes ist?

Und ich möchte meine Antwort gleich zu Beginn geben. Und auch wenn ich im Gegensatz zu Frau Schamber und Herrn Altmaier kein Jurist bin, gebe ich eine eher juristische Antwort: Das hängt davon ab! Und zwar von drei Dingen, über die ich nun sprechen werde: Wie sieht die *gesellschaftliche Polarisierung* zwischen Rändern und der politischen Mitte aus, die Populismus begünstigt? Welcher *Art* ist die und in welcher *Phase* befindet sich die *Demokratie*, in der zuneh-

mend nach populistischen Antworten gesucht wird? Und: Von welcher *Zeitdimension* sprechen wir?

Beginnen wir mit der **Polarisierung** und ihrer Verbindung zum Populismus. Woher kommt sie eigentlich und mit ihr der Populismus? Populismus ist ein Phänomen der Moderne, das uns schon seit Ende des 19. Jahrhunderts beschäftigt.¹ Bereits in den 1870er Jahren entstanden in den USA populistische Bewegungen unter Farmern, die in wirtschaftliche Not geraten waren. Mit der „People's Party“ gab es dort auch die erste populistische Parteigründung.² Und schon bei diesem ersten Fall deutet sich etwas an: Es ging um Arbeit, Einkommen, Lebensunterhalt. Um Ökonomie. Und wir sind es immer noch gewohnt, Populismus und die politischen Ränder durch eine wirtschaftliche Brille zu betrachten. Auch die politischen Konflikte der alten Bundesrepublik waren vielfach durch wirtschaftliche Fragen geprägt.

Gut! Denn diese haben einen großen Vorteil: Sie sind kompromissgängiger. Zwischen der Forderung Rentenalter Siebzig und Rentenalter Sechzig kann man einen numerischen Kompromiss schließen.

Bei vielen aktuellen politischen Streifragen steht aber etwas ganz anderes im Vordergrund. Kulturelle Fragen. Und hier liegt die Crux: Kompromisse in kulturellen Fragen zu finden, das ist viel, viel schwerer. Insbesondere, wenn hier zunehmend identitäre Vorstellungen in der Gesellschaft aufeinanderprallen. Meist entzündet sich der Streit

¹ Vgl. Mudde/Rovira Kaltwasser (2019, 45).

² Vgl. Judis (2017, 21ff.).

oberflächlich am Thema Migration. Ich befürchte aber, dass hinter der Frage der Migration eine viel weitergehende, tiefer reichende Frage steht, die noch schwerer zu lösen ist (wenn überhaupt), als die der Migration selbst. Die Frage: Wer sind wir? Wer wollen wir sein?

Lassen Sie mich die Denkkunterschiede der Ränder einmal mit zwei Zitaten deutlich machen. Sie stammen aus Büchern, mit denen ich mich intensiv beschäftigt habe. Das eine Buch ist erkennbar rechtsidentitär, das andere linksidentitär.

Nummer eins: „Die kulturelle Fremdheit, Masse und Geschwindigkeit des Zuzugs in Verbindung mit dem undemokratischen Vorgehen gegen den Willen der Einheimischen haben das Scheitern vorprogrammiert.“³ Das Zitat stammt aus dem Buch „Remigration“ von Martin Sellner.

Zweites Zitat: „[...] eine positive weiße Identität ist etwas Unmögliches. Weiße Identität ist inhärent rassistisch. Es gibt keine weißen Menschen außerhalb des Systems weißer Suprematie.“⁴ Dies stammt von der amerikanischen Antirassistin Robin DiAngelo, ein klar erkennbar linksidentitäres Buch, das übrigens auch in Deutschland recht erfolgreich war.

Beide zusammen machen schön den im Hintergrund schwelenden, kulturellen Konflikt deutlich. Überspitzt formuliert: Wenn eine Seite

³ Sellner (2024, 132).

⁴ DiAngelo (2020, 203).

alle Weißen für Rassisten hält, kulturelles Weiß-sein abschaffen will und die andere Seite alles Nicht-Weiße remigrieren möchte, dann ist der Boden für einen Konsens schmal.

Sind das nicht extreme Positionen, die politisch irrelevant sind, fragen Sie sich vielleicht? Ich denke nicht. Denn sie formen von den Rändern her im Hintergrund politisches Denken bis in die Mitte hinein, das dann tagtäglich an immer neuen Stellen entzündet werden kann. Beispiel: Diesen Montag sagte Olaf Scholz bei einer Einbürgerungsfeier in Bremen: „Deutschland ist ein Einwanderungsland“. Dieser Satz allein erzeugt Reaktionen in den Köpfen. Die einen fühlen sich genervt, dass man das überhaupt noch thematisieren muss, die anderen sind verärgert über die Aussage. Eine repräsentative Umfrage der Berliner Morgenpost vom 12.12.2022 macht die Spaltung in der Bevölkerung deutlich: 51 Prozent stimmen zu: Ja, Deutschland ist ein Einwanderungsland. Aber 40 Prozent lehnen den Satz kategorisch ab – und hier war nicht mal danach gefragt, ob man will, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.

Meine Vermutung lautet: Hinter der Projektionsfläche Migration mischen sich längst verschiedene Themen zu einer Art Amalgam. Wollen wir mehr Migration, ja oder nein. Wie sieht unser Bild von „Deutsch-Sein“ aus? Wie rassistisch ist unsere Gesellschaft? Mehr Nationalstaat oder mehr Europa? Wie halten wir es mit unserer Geschichte, und damit meine ich an dieser Stelle die deutsche Kolonialgeschichte?

Was ist mit intersektionellen Fragen, Stichwort Transgender und Feminismus?

Die rechtsidentitäre Position dazu ist „nativistisch“: Keine Migration, ergo keine Probleme mit Rassismus, mehr Deutschland, weniger Europa, weniger Trans, weniger Feminismus. Eine empirische Studie aus dem Jahr 2021 macht deutlich, dass so genannte „nativistische“ Vorstellungen ein ziemlich guter Indikator sind, um AfD-Wahlverhalten vorher zu sagen.⁵ Die linksidentitäre oder woke Einstellung ist in der Regel das komplette Gegenteil; andere haben sie gut beschrieben und ebenso die Gefahren, die auch von ihr ausgehen. Für Südafrika etwa die ehemalige Gouverneurin Helen Zille⁶, für Großbritannien die Publizistin Joana Williams⁷ oder für Deutschland die Kollegin Susanne Schröter.⁸ In der Regel geht es den Woken um Schutz für echte oder vermeintlich Schwache. Löblich. Aber selbst dezidiert linke Beobachter sprechen mittlerweile kritisch von einem „konditionierten Kolonialismuskomplex“⁹ oder wie der Linksliberale Mark Lilla es ausdrückt: Von einer geradezu „obsessiven Faszination“¹⁰ für die Ränder der Gesellschaft.

⁵ Vgl. Pesthy et al. (2020).

⁶ Vgl. Zille (2021).

⁷ Vgl. Williams (2022).

⁸ Vgl. Schröter (2024).

⁹ Sciuto (2020, 86).

¹⁰ Lilla (2017, 83).

Für unsere Diskussion gleich müssen wir uns zuerst fragen: Von welchen Rändern sprechen wir? Sprechen wir von *ökonomischen* Populisten oder von *kulturell* Identitären?

Kulturell Identitäre und ökonomische Populisten - wie münzt sich all das bei uns in Parteien um? Womit haben wir es aus Sicht der politischen Mitte - zu der ich jetzt einmal verkürzt vor allem SPD und CDU zähle - also zu tun? Mein Argument lautet: Wir haben es auf der einen Seite mit der AfD mit einer für Deutschland ungewöhnlich starken, rechtspopulistischen Partei zu tun, die in Teilen extremistisch ist und gerade in ihren extremistischen Teilen rechtsidentitäre Kulturpolitik betreibt. Wir haben es zum zweiten, ganz neu, mit einer eher mutmaßlich gemäßigten, klassischen linkspopulistischen Partei (dem BSW) zu tun, die kulturell nicht-identitär auftritt und deren Populismus eher wirtschaftlicher Natur ist. Und wir haben es zum Dritten mit eher nicht-populistischen, linksidentitären Strömungen zu tun, die kulturell deutlich extremer als die Gesellschaftsmehrheit sind und die sich parteipolitisch nicht immer ganz klar zuordnen lassen. Wir finden sie in Teilen bei den Grünen (deren Parteiestablishment diese Neigungen zuweilen dämpft), wir finden sie bei der unbedeutend werdenden Linkspartei und wir finden sie im Spektrum linker NGOs und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Und sie triggern mit ihren Wertvorstellungen die anderen beiden.

Alle diese Themen lassen sich in ihren unterschiedlichen Ausprägungen interessanterweise recht gut geographisch zuordnen, insbesondere, wenn man sich Wahlverhalten anschaut. „Die wachsende geografische Polarisierung des Parteiensystems geht gleichermaßen von Stadt und Land aus“¹¹, so Lukas Haffert, ein junger Kollege der Universität Zürich. Ein interessanter Befund seiner Studie lautet: bis zur Bundestagswahl 2009 war ein geographisches Profil der deutschen Parteien klar erkennbar, aber nicht extrem. Mit jeder weiteren Wahl jedoch drifteten zwei Extreme auseinander. Je kleinstädtischer und ländlicher die Region, desto stärker die Wahrscheinlichkeit für die AfD zu wählen; je städtischer ein Wahlkreis, desto größer die Wahrscheinlichkeit, die Grünen zu wählen.

Die AfD ist also ländlicher. Was erklärt sie noch? Ich schließe mich gerne den Kollegen Schäfer und Zürn an. Es gibt drei dumme Erklärungsversuche:¹²

1. Alles Nazis. Das lässt sich empirisch nicht halten, längst nicht alle AfD-Wähler sind rechtsextrem. 2. Allesamt Modernisierungsverlierer (Hillary Clinton nannte sie „deplorables“) – das stimmt so auch nicht mit den Daten überein, denn etwa Siebzig Prozent der AfD-Sympathisanten kommen nach einer Studie aus dem letzten Jahr aus der Mittel- und Oberschicht¹³; 3. Schlecht informierte Dummis, die sich von Scharlatanen verführen lassen – derartige Fehlgedanken

¹¹ Haffert (2022, 47).

¹² Vgl. zu der Aufzählung eins bis drei: Schäfer/Zürn (2021, 195).

¹³ Vgl. Buchmayr (2023, 432).

werden von Böhmermann und Welke in die Welt gesetzt, sind aber nicht zutreffend. Auch finde ich, es greift viertens zu kurz, wenn man Rechtspopulismus aus einer „Sehnsucht nach Eindeutigkeiten“¹⁴ heraus erklärt, wie es die Kollegin Naika Foroutan tut. Und man kann sie fünftens nicht mit Hilfe tagespolitischer Themen erklären.

Ich fürchte, es ist genau so, wie die Kollegen Lengfeld und Dilger es mit ihrer gründlichen, empirischen Untersuchung erklären: Es hat sich ein fester Sockel von AfD-Anhängern gebildet, der *grundsätzlich* skeptisch auf die etablierte Politik in Deutschland blickt und bei dem tagespolitische Abwehrreaktionen – Gendern, Klima, Islam – diese fundamentale Ablehnung lediglich immer wieder neu aktivieren. Die Basis selbst bildet aber der grundsätzliche Argwohn. Lengfeld und Dilger antworten daher auf die Frage: Kann man AfD-Wähler zurückgewinnen mit den Worten „Eher nicht“.¹⁵

Da hilft auch der übliche Hinweis nicht, dass rechtspopulistisch wählende Menschen aus kleinen Verhältnissen sich mit ihrem Wahlverhalten selbst schaden. Das ist ökonomisch gesehen vielleicht richtig – das AfD-Programm ist immer noch größtenteils wirtschaftsliberal. Die großartige Studie der Soziologin Arlie Russell Hochschild „Fremd in ihrem eigenen Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten“¹⁶ beleuchtet ganz gut, warum dieser Hinweis eben nicht hilft. Ergebnis der Studie in zwei Sätzen: Man sieht in diesen Milieus sehr wohl die

¹⁴ Foroutan (2021, 61).

¹⁵ Vgl. Lengfeld/Dilger (2023, 434).

¹⁶ Vgl. Hochschild (2018).

eigenen ökonomischen Probleme – aber andere Themen sind wichtiger. Apropos: In einer der wenigen wahlübergreifenden Studien, konnte für ein Wechseln der Wähler von SPD und CDU einerseits zur AfD andererseits festgestellt werden, dass es einen signifikant positiven Zusammenhang mit den gerade benannten, kulturell bedingten Bedrohungsgefühlen gibt, während ökonomische Unsicherheitswahrnehmungen eine deutlich geringere Rolle spielen.¹⁷

Mit Blick auf die Wahlen kommende Woche: Ein Fall für sich wird Ostdeutschland bleiben. Steffen Mau, der vielleicht wie kein zweiter die soziologischen Unterschiede zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland kennt, hat gerade erst mit vielen Zahlen, Daten und Fakten heraus gearbeitet, was Ostdeutschland auszeichnet: Ostdeutschland ist eher ein Land der kleinen Leute, die Menschen haben deutlich weniger Vermögen, arbeiten in einfacheren Jobs, haben weniger und andere gesellschaftliche Eliten, haben weniger Einwohner, leben mit einer geschrumpften Bevölkerung, die stärker männlich und stärker „biodeutsch“ geprägt ist, die andere Geschlechterrollen gutheißt die auch intergenerational weitergegeben werden; sie haben weniger Angst vor dem Klimawandel aber ein generelles Unsicherheitsgefühl. Kurzum: Ostdeutschland ist und bleibt nach seinen Worten ein eigenständiger Kultur- und Deutungsraum¹⁸ - und diese strukturellen Einsichten helfen auch, den Wahlerfolg der AfD dort besser zu erklären.

¹⁷ Vgl. Baron/Görtz (2022, 345f.).

¹⁸ Vgl. Mau (2024, 15-38).

Aber bei aller Polarisierung, die aufgezeigt habe, sollten wir nicht aus den Augen verlieren, dass im Rahmen der Demokratisierung westliche Staaten in den letzten 120 Jahren mehrfach am Rande von Bürgerkriegen standen, die vor allem aus Spannungen zwischen arm und reich resultierten. Und im Vergleich zu den Spannungen damals bezeichnen heute Kollegen die aktuellen Spannungen - selbst in den USA! - als historisch "eher mild".¹⁹

Also Ruhe bewahren.

Und die Mitte? Sollte sich nicht verrückt machen lassen. Ich finde sehr schön, was der (schwarze) amerikanische Linguist John McWhorter, der sich sehr kritisch mit der woke-Bewegung auseinandergesetzt hat, uns mit an die Hand gibt: „Den aktuellen Augenblick schwarzzumalen und zur Katastrophe zu erklären, ist ein Kennzeichen jeder Ideologie.“²⁰ Also erneut: Keep calm and carry on. Nein, Deutschland ist weder systemisch vom Rassismus zerfressen, noch zerstört Migration per se eine nationale Kultur. Das bedeutet weder, dass man sich nicht weiterhin gegen Rassismus engagieren muss, noch, dass Migration nicht stärker gelenkt werden muss. Es bedeutet lediglich, man sollte aus der politischen Mitte auf die ganz extremen Aussagen nicht immer eingehen.

Aber kann man sich „keep calm“ leisten? Zerstört der Populismus nicht „unsere Demokratie“ (ich muss gestehen, ich mag diese Formu-

¹⁹ Vgl. Rodden (2019, 27).

²⁰ McWhorter (2022, 62).

lierung nicht; ich finde sie übergriffig)? Das hängt davon ab, in welcher Phase sich Demokratie befindet – und noch mehr, was man unter ihr versteht.

Zwei Kollegen, Kaltwasser und Mudde, haben sich sehr intensiv mit dem globalen Phänomen Populismus befasst. Es wird deutlich: Manchmal kann Populismus Demokratisierungsschübe bieten (ich vermute, dies erhoffte sich auch die eingangs erwähnte Studentin der Rhodes University) – bei voll entwickelten, westlichen Demokratien allerdings eher nicht. Daher formulieren sie: „Populismus ist, kurz gesagt, grundsätzlich demokratisch, steht aber im Widerspruch zur *liberalen* Demokratie, (...).“²¹

Und damit sind wir, so meine ich, ein zweites Mal bei des Pudels Kern: Was verstehen wir bitte schön unter Demokratie? Phillip Manow hat auf einen blinden Fleck hingewiesen. Beim Blick auf die ganzen schönen Demokratie-Konzepte ist immer eine „Gefährdung der Demokratie durch ein Übermaß an liberalem Konstitutionalismus“ automatisch ausgeschlossen.²² Mit liberalem Konstitutionalismus meint er vor allen Dingen die Einschränkungen des Mehrheitsprinzips der Demokratie, symbolisiert durch Parlamente, durch supranationale Institutionen wie die EU-Kommission, Experteninstitutionen wie Zentralbanken und durchaus elitäre Einrichtungen wie Verfassungsgerichte. Manow arbeitet wunderbar heraus, dass es nicht eben wenige

²¹ Mudde/Rovira Kaltwasser (2019, 126).

²² Manow (2024, 37).

Demokratien gibt, in denen sich gerade Verfassungsgerichte selbst immer mehr Macht zugesprochen haben – zu Lasten der mehrheitsdemokratischen Institution Parlament. Vor diesem Hintergrund nennt Manow den Rechtspopulismus nicht den Gegner der liberalen Demokratie, sondern ihr Gespenst. Denn erst, wenn Verfassungsgerichte ihre sich selbst zugesprochene Macht nutzen, um politische Mehrheiten des Öfteren auszubremsen, entsteht auch ein Anreiz, eben diese Macht der Verfassungsgerichte mit Hilfe des Mehrheitswillens wieder einzuschränken.²³

Und hier mischt sich nun unser Amalgam aus „Wer sind wir“ mit der Frage der institutionellen Ordnung. Wer sind wir – und was ist „unsere Demokratie“? Antwort des rechtspopulistischen Randes: Wir sind nicht divers, wollen es auch nicht sein und wir wollen auch die Umformung der Demokratie durch die ganzen konstitutionellen Einschübe nicht. Wir wollen „back to the roots“, Rückkehr zur Vernunft oder den Wurzeln – wie immer man es dort sieht.

Gegner, Gespenst - aktuell denken viele sicher auch: Der Rechtspopulismus, das ist ein Fieber. Das geht wieder weg. Glaube ich nicht, sicher nicht so schnell. Was ist die **Lösung** für das Populismus-Problem? Ich behaupte: Es gibt erstmal keine. In den letzten 25 Jahren haben wir uns zu sehr daran gewöhnt, stets in Lösungen zu denken. „Da muss es doch `ne App für geben“; „da muss man doch einen Impfstoff

²³ Manow (2024, 91).

entwickeln können.“ Hier nicht. Hier haben wir einen handfesten, strukturellen, politischen Machtkampf gesellschaftlicher Lager – und es zeichnet sich noch nicht klar ab, wer ihn gewinnt. Und.... für was sich die Mitte am Ende entscheidet.

Lassen Sie mich mit einer Hypothese enden. Ich bin davon überzeugt, dass jede Demokratie von Zeit zu Zeit durch Populismus herausgefordert wird und dass dies nicht zwangsläufig ihren Niedergang bedeuten muss. Ich glaube daran, dass eine Demokratie die Kraft finden kann, auch extreme Positionen in einen gesellschaftlichen Konsens einzubinden. Die alten politischen Mehrheiten müssen dafür irgendwann einsehen, dass sie die Heißsporne nicht komplett ignorieren können und die Heißsporne wiederum müssen sich abkühlen. Insofern wäre meine Antwort: Auf Dauer wird bei fortgesetzten Wahlerfolgen von Populisten keine Brandmauer zu halten sein. Alles entscheidend scheint mir die zeitliche Dimension: **Findet ein demokratisches System eine gute Balance, seine extremistischeren gesellschaftlichen Kräfte so lange zwar parlamentarisch zu repräsentieren, aber von echter politischer Macht fernzuhalten, bis sie sich mäßigen?** Um mit Blick auf das BSW und die AfD die Frage nach der Mäßigung zu beantworten (natürlich nur aus meiner Perspektive) würde ich argumentieren: Beim BSW scheint mir dies von Beginn an stärker der Fall zu sein, als bei der AfD. Zumindest jener AfD, die in Thüringen und Sachsen aktiv ist.

Aber wird sich die AfD mäßigen? Im Augenblick sehe ich leider keinen Anlass, warum sie das sollte. Weil sie gerade sehr erfolgreich ist, ob es uns gefällt oder nicht. Ich glaube, für viele Sympathisanten der Rechtspopulisten mischt sich aktuell sogar eine Prise Stolz mit ein. Mein leider im letzten Monat verfrüht verstorbener, geschätzter Kollege und Freund, Professor Peter Nitschke schrieb vor ein paar Jahren folgenden hellsichtigen Satz über die oft verächtlich gemachten „alten weißen Männer vom Land“ in den USA: „Auf einmal kehren sie ihre (fast weinerliche Innerlichkeit) nach außen und stellen überrascht (und höchst erfreut) fest, dass sie *Wer* sind. Sie sind sogar *diejenigen* welche die nationalen Wahlen entscheiden können.“²⁴

Stellen wir uns also darauf ein, uns auch in zehn Jahren noch mit der Mitte und den Rändern beschäftigen zu müssen, weil es dabei um die grundsätzlichen Fragen geht: Wer sind wir und wie soll diese Demokratie aussehen?

Literaturverzeichnis

Baron, Daniel/Antonia Görtz (2022), Sozioökonomische und einstellungsbezogene Ursachen für Wanderungen von CDU/CSU- und SPD-Wähler*innen zur AfD bei der Bundestagswahl 2017, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Vol. 64(2), 325-351.

Buchmayr, Florian (2023), Die Milieukoalition des Rechtspopulismus. Kombinationen politischer Einstellungen innerhalb des potenziellen Elektors der AfD, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Vol. 33(4), 423-451.

DiAngelo, Robin (2020), *Wir müssen über Rassismus sprechen: Was es bedeutet, in unserer Gesellschaft weiß zu sein*, Hamburg: Hoffmann und Campe.

²⁴ Nitschke (2022, 17).

- Foroutan, Naika* (2021), *Die postmigrantische Gesellschaft: Ein Versprechen der pluralen Demokratie*, Bielefeld: Transcript.
- Haffert, Lukas* (2022), *Stadt, Land, Frust: Eine politische Vermessung*, München: C.H.Beck.
- Hochschild, Arlie Russell* (2018), *Fremd in ihrem Land: Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Judis, John B.* (2017), *The populist explosion: How the great recession transformed American and European politics: Columbia Global Reports*.
- Lengfeld, Holger/Clara Dilger* (2023), *Kann man AfD-Wähler*innen zurückgewinnen? Eher nicht – eine Analyse mit Daten des neuen Social Cohesion Panel 2021*, in: *GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, Vol. 72(4-2023), 433-450.
- Lilla, Mark* (2017), *Once And Future Liberal: After Identity Politics*: HarperCollins Canada, Limited.
- Manow, Philip* (2024), *Unter Beobachtung: Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde*, Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen* (2024), *Ungleich vereint: Warum der Osten anders bleibt*, Berlin: Suhrkamp.
- McWhorter, John H.* (2022), *Die Erwählten: Wie der neue Antirassismus die Gesellschaft spaltet*, Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Mudde, Cas/Cristóbal Rovira Kaltwasser* (2019), *Populismus: Eine sehr kurze Einführung*, Bonn: Dietz J H.
- Nitschke, Peter* (2022), *Zwischen Pragmatik und Skepsis: Überlegungen zum konservativen Typus*, in: *Nitschke, Peter* (Hg.), *Konservatismus heute: Über die Bestimmung einer politischen Geisteshaltung*, Paderborn: Brill Schöningh, 1-17.
- Pesthy, Maria/Matthias Mader/Harald Schoen* (2020), *Why Is the AfD so Successful in Eastern Germany? An Analysis of the Ideational Foundations of the AfD Vote in the 2017 Federal Election*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Vol. 62(1), 69-91.
- Rodden, Jonathan A.* (2019), *Why cities lose: The deep roots of the urban-rural political divide*, New York: Basic Books.
- Schäfer, Armin/Michael Zürn* (2021), *Die demokratische Regression: Die politischen Ursachen des autoritären Populismus*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Schröter, Susanne* (2024), *Der neue Kulturkampf: Wie eine woke Linke Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft bedroht*, Freiburg, Basel, Wien: Herder.
- Sciuto, Cinzia* (2020), *Die Fallen des Multikulturalismus: Laizität und Menschenrechte in einer vielfältigen Gesellschaft*, Zürich: Rotpunktverlag.
- Sellner, Martin* (2024), *Remigration: Ein Vorschlag*, Schnellroda: Verlag Antaios.
- Williams, Joanna* (2022), *How Woke Won: The Elitist Movement That Threatens Democracy, Tolerance and Reason (Spiked)*, London, UK: John Wilkes Publishing.
- Zille, Hellen* (2021), *#stay woke, go broke: Why South Africa won't survive America's Culture Wars*, o.O.: Obsidian Worlds Publishing.